



Prof. Dr. Gert G. Wagner, Vorstandsmitglied des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Vom richtigen Umgang mit Wahlprognosen

Es ist skurril und erstaunlich, wie Politik und Öffentlichkeit vor einem wichtigen Wahltag eifrig über prognostizierte Stimmenanteile der einzelnen Parteien diskutieren. Skurril deshalb, weil die Prognosen meist auf der Befragung von etwa 1000 Wahlberechtigten beruhen. Man muss nicht mathematische Statistik studiert haben, um sich ausrechnen zu können, dass hinter einem Prozentpunkt nur zehn Befragte stehen und derart kleine Veränderungen nicht besonders aussagekräftig sein können.

Erstaunlich ist es deshalb, weil die statistische Unsicherheit ja kein Geheimwissen ist. So heißt es etwa beim ARD-Deutschlandtrend in dem Material, das man von der Homepage herunterladen kann, dass die Fehlertoleranz bei kleinen Parteien etwa 1,4 Prozentpunkte betrage. Der wahre Wert kann also um diesen Betrag höher oder niedriger liegen. Also zwischen 3,6 und 6,4 Prozent. Ein enorme Spannweite – die in diesem Fall die Fünf-Prozent-Hürde einschließt. Bei größeren Parteien beträgt die Toleranz zwei Prozentpunkte und mehr: also eine Spannweite von mindestens vier Punkten. Alle pro Institut gemessenen Veränderungen in den letzten Wochen sind geringer. Trotzdem wird über das Auf und Ab – meist ist es nur ein Prozentpunkt und damit aussagelos – eifrig spekuliert. Dass Wahlprognosen über die Fehlertoleranz hinaus grundsätzlich ungenau sind, ist dagegen nicht erstaunlich. Denn es geht um das Verhalten von Menschen – und deren Verhalten kann von den Prognosen selbst beeinflusst werden. Die Umfrageinstitute sprechen deswegen auch von „Stimmungsbild“ „Wahlneigung“ und auch „Projektion“, was aber nichts daran ändert, dass die Zahlen allgemein als Prognosen interpretiert werden.

Dass diese Prognosen so oft danebenliegen, ist auch keine Schwäche der Sozialwissenschaften. Denn bei komplexen Phänomenen liegen auch die Naturwissenschaften oft daneben. Man denke etwa an Wetterprognosen, die durch den Einsatz von immer mehr Mess-Stationen und Satelliten zwar immer besser wurden, für kleine Gebiete aber immer noch sehr ungenau sind. Entsprechend schwer ist es, Prognosen für kleine Parteien zu erstellen, selbst wenn die Zahl der „Mess-Stationen“ – also die Zahl der Befragten – vergrößert wird.

Und wenn das Wetter nur ein bisschen windig ist, dann ist die Naturwissenschaft nicht in der Lage, auch nur annähernd zu prognostizieren, wo ein Blatt, das von einem Baum fällt, am Boden landen wird. Obwohl das Fallgesetz genau bekannt ist und vielfach bestätigt wurde. Bei Wahlkämpfen handelt es sich aber *per definitionem* um stürmisches Wetter.

Selbst riesige Fallzahlen würden die Wahlprognosen nicht automatisch besser machen. Denn die Prognosen beeinflussen auch die Wahlbeteiligung. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen in den USA hat man gesehen, was es bedeutet, wenn Wahlberechtigte plötzlich zur Wahl gehen, die normalerweise nicht wählen.

Internet-Befragungen erhöhen zwar die Fallzahlen, sind aber möglicherweise wenig repräsentativ, weil sich mangels Internetanschluß insbesondere ältere Wahlberechtigte seltener daran beteiligen können. Vielleicht sind künftig via Internet aber noch Prognosen unmittelbar vor dem Wahltag möglich. Freilich stellt sich dann die Frage: Wem nützt das? Welche Last-Minute-Verhaltensänderungen werden dadurch bewirkt?

Das einzige, was wirklich hilft, mit Wahlprognosen richtig umzugehen, ist bessere statistische Bildung. Damit müsste schon in den Schulen begonnen werden – und zwar nicht im Mathematik-Unterricht, sondern im Sozial- beziehungsweise Gesellschaftskunde-Unterricht. Und bis dahin sollten die Qualitätsmedien noch deutlicher über die Beschränktheit der Aussagekraft berichten. Eine einfache Methode, die Aussagekraft zu verbessern, wäre es, den Durchschnitt der laufend erstellten Prognosen zu publizieren. Damit wird der Zufallsfehler kleiner, und unterschiedliche methodische Artefakte der Erhebung und der Umgewichtung der Roh-Daten mitteln sich aus dem Ergebnis hinaus. Das hieße aber, dass die Meldungen keine Aufmerksamkeit mehr erreichen würden, wenn sie auf Basis von 1 000 oder auch 2 000 Befragten über Veränderungen im Bereich eines Prozentpunktes berichten. Und die öffentliche Debatte könnte sich auf politische Inhalte konzentrieren.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Daniel Kemptner
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Hella Engerer
Dr. Aleksandar Zaklan

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

Satz-Rechen-Zentrum, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.